



Bundesamt  
für Migration  
und Flüchtlinge



# Entscheiderbrief

Informationsschnelldienst

03/2022

Das BAMF



# Inhaltsverzeichnis

## Verfahren

BVerfG: Bei Aufhebung des Bescheides nach Ablauf der Überstellungsfrist keine Kostenlast des Bundesamtes	4
EU-Asylstatistik 2021: Antragszahlen wieder auf Niveau von 2019	4
Neuer Länderreport zu Jemen	5

## Aus der Rechtsprechung

VGH München / Russische Föderation: Flüchtlingseigenschaft bei Verfolgung von Zeugen Jehovas	5
VG Saarlouis / Türkei: Kein Abschiebeschutz, wenn Ehe die Funktion einer Beistandsgemeinschaft nicht erfüllt	6
VG Ansbach / Iran: Keine Doppelbestrafung bei Betäubungsmitteldelikten	7

## Was sonst?

Neuerwerbungen der Bibliothek	8
-------------------------------	---

## Impressum

9



## BVerfG: Bei Aufhebung des Bescheides nach Ablauf der Überstellungsfrist keine Kostenlast des Bundesamtes

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) stellte mit einem Beschluss in einem Dublin-Verfahren am 10. Januar 2022 eine Verfassungsbeschwerde<sup>1</sup> ein. In dem zugrunde liegenden Verfahren wurde der angefochtene Dublin-Bescheid durch das Bundesamt aufgehoben, da die Überstellungsfrist abgelaufen war. Den Antrag auf Auslagenerstattung nach Erledigung der Verfassungsbeschwerde wiesen die Richter ebenfalls zurück.

Aus der Beschlussbegründung geht hervor: Hebt das Bundesamt den Dublin-Bescheid allein wegen des Ablaufens der sechsmonatigen Überstellungsfrist (Artikel 29 Absatz 2 Richtlinie 603/2013/EU) auf, könne nicht davon ausgegangen werden, dass die öffentliche Gewalt damit das Begehrt des Beschwerdeführers für berechtigt erachte. Daraus lasse sich ebenfalls nicht ableiten, dass das Bundesamt die Auffassung der Beschwerdeführer hinsichtlich der Verfassungswidrigkeit der angegriffenen verwaltungsgerichtlichen Entscheidung teile. Den Antrag auf Auslagenerstattung, über den gemäß § 34 a Absatz 3 Bundesverfassungsgerichtsgesetz nach Billigkeitsgesichtspunkten zu entscheiden war, wiesen die Richter damit als unbegründet zurück.

Im Hauptsacheverfahren entschied das Verwaltungsgericht München in seinem Beschluss vom 22. November 2021 hinsichtlich der Kostentragung zu Lasten der Kläger, da es nicht zum Nachteil der Beklagten gereichen könne, wenn diese den angefochtenen Bescheid allein deshalb aufheben musste, weil die Kläger ihrer Ausreisepflicht nicht nachgekommen sind und es ihr auch nicht möglich war, die Kläger innerhalb der Überstellungsfrist zurückzuführen.<sup>2</sup>

### Auswirkungen auf die Praxis des Bundesamtes

Wird ein verwaltungsgerichtliches Verfahren allein aufgrund des Ablaufs der Dublin-Überstellungsfrist für erledigt erklärt, empfiehlt es sich zu beantragen, der Gegenseite die Verfahrenskosten aufzuerlegen. Gemäß § 161 Absatz 2 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) ist bei der Kostenentscheidung der bisherige Sach- und Streitstand zu berücksichtigen. Das heißt, dass in erster Linie auf die Erfolgsaussichten des Rechtsbehelfes unmittelbar vor Eintritt des erledigenden Ereignisses abzustellen ist.<sup>3</sup> Wäre danach die Klage oder der Eilantrag bis zum Eintritt des erledigenden Ereignisses, hier dem Ablauf der Überstellungsfrist,

voraussichtlich ohne Erfolg geblieben, entspricht es nicht billigem Ermessen im Sinne des § 161 Absatz 2 VwGO, dem Bundesamt die Kosten des Verfahrens nur deswegen aufzuerlegen, weil es den an sich rechtmäßigen Verwaltungsakt nicht vollzogen hat, sondern lediglich aufgrund Zeitablaufs nicht mehr vollziehen kann und ihn deswegen zeitnah aufhebt.<sup>4</sup>

Lars Möller, 61D

## EU-Asylstatistik 2021: Antragszahlen wieder auf Niveau von 2019

Die Asylagentur der Europäischen Union (EUAA) veröffentlichte am 22. Februar 2022 ihre Analyse zur EU-Asylstatistik für 2021.<sup>5</sup> Demnach wurden im Jahr 2021 in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, Norwegen und der Schweiz<sup>6</sup> etwa 617.800 Anträge auf internationalen Schutz gestellt und damit ein Drittel mehr als im Jahr 2020. Die Analyse berücksichtigt auch die Auswirkungen der pandemiebedingten Einschränkungen (z. B. Reisebeschränkungen, Grenzsicherungen) auf den Zugang zu Asylverfahren, die sich bereits 2020 gezeigt haben. Dieser Effekt scheint sich ab Mai 2021 abgeschwächt zu haben.<sup>7</sup> Die Zahl der Asylanträge im Jahr 2021 entsprach in etwa den Antragszahlen zwischen 2017 und 2019<sup>8</sup>.

### Die wichtigsten Herkunftsländer: Syrien und Afghanistan

Ein großer Anteil der Anträge im Jahr 2021 wurde von Personen aus Syrien und Afghanistan gestellt. Rund 97.800 Anträge wurden von afghanischen Staatsangehörigen, die Mehrzahl davon zwischen August und Dezember 2021, gestellt, eine Verdopplung zu 2020. Insgesamt waren syrische Staatsangehörige mit rund 106.000 Anträgen 2021 (davon 4.500 unbegleitete Minderjährige) die größte Gruppe der Antragstellenden, fast zwei Drittel mehr als 2020. Syrische und afghanische Staatsangehörige stellten seit 2016 die meisten Anträge, wenn auch nicht annähernd so viele wie in den Jahren 2015 und 2016.

### Im Vergleich zu 2020 beantragten im Jahr 2021 mehr

4 Zu dem Themenkomplex wird auch auf Verwaltungsgericht München, Beschluss vom 11.07.2014 – M 21 K 14.30481 –, juris hingewiesen.

5 s. dazu EUAA: Asylum applications returned to pre-pandemic levels in 2021; vom 22. Februar 2022; <https://euaa.europa.eu/news-events/asylum-applications-returned-pre-pandemic-levels-2021> (Abruf am 10.03.22)

6 EU+-Länder lt. Definition im eben genannten Bericht. Abweichend zum vorliegenden Bericht bezeichnet EUAA mit EU+-Länder in der Regel die EU inkl. Norwegen, Schweiz, Liechtenstein und Island.

7 s. dazu EUAA: S. Latest asylum Trends - Annual overview 2021. (Abgerufen 10.03.2022: [https://euaa.europa.eu/sites/default/files/2022-02/2021\\_Annual\\_LAT\\_Info\\_Note.pdf](https://euaa.europa.eu/sites/default/files/2022-02/2021_Annual_LAT_Info_Note.pdf))

8 Es handelt sich nach Angaben der EUAA um „vorläufig und nicht validiert“ Zahlen, die von den Mitgliedstaaten über ein Netzwerk direkt an EUAA übermittelt werden. Sie können daher von z.B. Eurostat Daten abweichen und in späteren EUAA-Publikationen noch geändert werden.

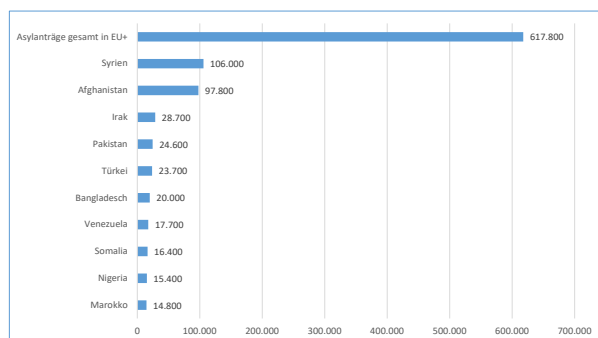
1 s. BVerfG Az. 2 BvR 679/21 vom 10.01.2022 – juris

2 s. dazu VG München M 3 K 21.50163 – juris

3 So auch Fehling/Kastner/Störmer, Handkommentar Verwaltungsrecht, 4. Auflage 2016, § 161 VwGO Randnummer 31 m. w. N.

Staatsangehörige aus folgenden Herkunftsländern internationalen Schutz: Irak, Pakistan, Türkei und Bangladesch, wie auch Somalia, Nigeria, Marokko mit weiteren ost-, west- und nordafrikanischen Staaten. Weniger Anträge als 2020 wurden von Staatsangehörigen aus Venezuela, Kolumbien und anderen lateinamerikanischen Ländern verzeichnet. Die Zahl der Anträge von Staatsangehörigen aus Belarus hat sich 2021 gegenüber dem Vorjahr auf 3.800 verdreifacht, Anträge aus Nordmazedonien auf 5.000 vervierfacht.

### Asylanträge in der EU 2021: Die zehn häufigsten Herkunftsländer



### Unbegleitete Minderjährige

Im Jahr 2021 gingen in den EU+-Ländern etwa 27.300 Asylanträge von unbegleiteten Minderjährigen ein, weit mehr als in jedem der vorangegangenen drei Jahren und fast so viele wie im Jahr 2016 (29.300). Fast die Hälfte aller unbegleiteten Minderjährigen kamen 2021 aus Afghanistan (13.000), gefolgt von Syrien, Somalia, Bangladesch und Pakistan. Der Anteil von unbegleiteten Minderjährigen, die in den EU+-Ländern Asyl suchten, liegt damit bei 4 Prozent.

### Anerkennungsquote in der EU gestiegen

Die Asylbehörden in den EU+-Ländern entschieden im Jahr 2021 über etwa 523.000 Asylanträge in erster Instanz, eine ähnliche Anzahl wie 2020 (521.000). Jedoch wurden etwa 95.000 mehr Anträge gestellt, als entschieden wurden. Infolgedessen sind die in erster Instanz anhängigen Anträge in den letzten Monaten auf etwa 442.500 bis Ende Dezember 2021 gestiegen. Die Hälfte dieser Anträge war weniger als sechs Monate anhängig. Die EU+-Anerkennungsquote für EU-geregelte Schutzformen (Flüchtlingsstatus und subsidiärer Schutz) stieg 2021 auf 35 Prozent und damit auf den höchsten Wert seit 2017. Die Anerkennungsquote für afghanische Staatsangehörige stieg deutlich von 53 Prozent im Jahr 2020 auf 66 Prozent im Jahr 2021, im Oktober und November 2021 zeitweise auf über 90 Prozent. Vergleichbar waren auch die Anerkennungsquoten für Antragstellende aus Eritrea (81 %), Jemen (79 %), Belarus (75 %) und Syrien (72 %). Fast zwei Dritteln der positiv beschiedenen Personen wurde 2021 der Flüchtlingsstatus zuerkannt, den anderen wurde subsidiärer Schutz zuerkannt.

Lena Thiem, 62E

## Neuer Länderreport zu Jemen

Der 49. Länderreport aus den Länderanalysen informiert über die Houthis in Jemen. Der Rücktritt von Präsident Ali Abdullah Saleh im Jahr 2011 nach 33-jähriger Amtszeit hinterließ ein Machtvakuum, das mehrere Akteure zu füllen versuchten und nach wie vor versuchen: Die Separatistenbewegung in Südjemen („Hirak“), die al-Qaida on the Arabian Peninsula (AQAP), der sogenannte „Islamische Staat“ (IS), die Islah-Partei (der lokale Ableger der Muslimbruderschaft mit salafistischen Einflüssen) und natürlich nicht zuletzt die Houthis. Spätestens mit Ausbruch des Bürgerkriegs 2014 wurde die Weltöffentlichkeit mit dieser Gruppierung konfrontiert, die – scheinbar überraschend – die jemenitische Hauptstadt Sanaa eingenommen hatte. Seit mehr als sieben Jahren hält nun der Krieg zwischen den Houthis und der jemenitischen Regierung an, in den auch regionale Akteure verwickelt sind.

Der Länderreport zeigt auf, welche Ideologie die Houthis verfolgen und wie ihnen der Aufstieg zu einem der wichtigsten regionalen Akteure gelingen konnte. Da dem schiitischen Zweig der Zaidiya (auch „Fünferschia“ genannt) wesentliche Bedeutung für die Entstehungsgeschichte und Legitimation der Houthis zukommt, werden sowohl die Grundzüge der Zaidiya als auch die Geschichte der Houthi-Bewegung und ihre Strukturen dargestellt. Schließlich wird der bewaffnete Konflikt mit der jemenitischen Regierung und insbesondere der Bürgerkrieg ab 2014 näher betrachtet. In diesem Kontext werden exemplarisch einige mögliche Verstöße gegen internationales Recht durch die Houthis aufgezeigt. Der Länderreport kann wie gewohnt über die BAMF-Homepage unter [„Publikationen“](#) abgerufen und verwendet werden.

Andreas Emcev, 62E

## VGH München / Russische Föderation: Flüchtlings-eigenschaft bei Verfolgung von Zeugen Jehovas

Mit Urteil vom 9. November 2021 (Az. 11 B 19.33187) entschied der Bayerische Verwaltungsgerichtshof (VGH) in München, dass den Klägern als Zeugen Jehovas, für die die öffentlich wahrnehmbare Glaubensausübung ein zentrales Element ihrer Religionsausübung ist, in der Russischen Föderation mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit eine staatliche Verfolgung aus religiösen Gründen drohe. Die Kläger haben Anspruch auf Zuerkennung der Flüchtlings-eigenschaft sowie auf Anerkennung als Asylberechtigte.

Die Antragstellenden, ein russisches Ehepaar, reisten 2018 gemeinsam mit ihrer Tochter auf dem Luftweg nach Deutschland ein. Beide sind seit 2005 beziehungsweise 2009 getaufte Zeugen Jehovas, der Antragsteller war im Heimatland in der Position eines Ältesten, die Antragstellerin Pionierin. Vor ihrer Ausreise waren sie seit dem staatlichen Verbot ihrer Glaubensgemeinschaft überwiegend im Verborgenen tätig, in Deutschland können sie ihren Glauben wieder öffentlich ausüben. Nachdem das Bundesamt ihren Asylantrag abgelehnt hatte und auch ihre Klage beim Verwaltungsgericht Bayreuth abgewiesen wurde, gingen die Kläger erfolgreich in Berufung.<sup>9</sup>

In der Russischen Föderation leben circa 170.000 Zeugen Jehovas. Im Jahr 2017 hat das Oberste Gericht Russlands die Zeugen Jehovas als extremistische Gruppe eingestuft und ihnen damit auch sämtliche Aktivitäten verboten. So können Angehörige der Glaubensgemeinschaft für die Ausübung ihres Glaubens strafrechtlich verfolgt werden. Von den russischen Behörden wird bewusst gegen Einzelpersonen und deren Religionsausübung vorgegangen, sodass die Anzahl der strafrechtlichen Ermittlungen stark angestiegen ist.<sup>10</sup>

Dem Gericht vorliegenden Auskünften nach drohe Zeugen Jehovas allein wegen ihrer Taufe keine staatlichen Maßnahmen, erst die aktive Teilnahme an den Aktivitäten der öffentlichen oder religiösen Gemeinschaft stehe unter Strafe, wobei hier nicht zwischen privater oder öffentlicher Beteiligung unterschieden werde. Zwar erhöhten herausgehobene beziehungsweise leitende Funktionen in der Glaubensvereinigung das Risiko einer Strafverfolgung, aber es könne nicht davon ausgegangen werden, dass die Gefahr, von staatlichen Maßnahmen betroffen zu sein, funktionsabhängig ist. Tatsächlich richten sich fast ein Fünftel der Anklagen gegen Zeugen Jehovas gegen Frauen, welche keine Führungsposition wahrnehmen.<sup>11 12</sup>

Der Senat ist zu der Überzeugung gelangt, dass den Antragstellenden in der Russischen Föderation mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit eine staatliche Verfolgung aus religiösen Gründen droht und die Glaubenspraktik der Zeugen Jehovas die religiöse Identität der Kläger so prägt, dass diese für sie unverzichtbar ist. In ihren herausgehobenen Positionen, als Ältester in der Gemeinde sowie als Pionierin, einer besonders aktiven Verkünderin, liegen bei den Klägern gefahrerhöhende individuelle Umstände vor. Darüber hinaus haben sie ihre eigene Wohnung für Versammlungen zur Verfügung gestellt und missionieren öffentlichkeitswirksam, was die Gefahr einer drohenden Strafverfolgung zusätzlich erhöht. Seit Ausreise der Antragstellenden

hat sich die Situation der aktiv praktizierenden Zeugen Jehovas in der Russischen Föderation nicht verbessert, sodass sie bei einer Rückkehr strafrechtliche und administrative Repressionen zu befürchten hätten. In vorliegendem Fall werden neben den Voraussetzungen der Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft auch die für die Anerkennung als Asylberechtigte erfüllt.<sup>13</sup>

Jessica Mogavero, 62E

## VG Saarlouis / Türkei: Kein Abschiebeschutz, wenn Ehe die Funktion einer Beistandsgemeinschaft nicht erfüllt

Mit dem Beschluss vom 17. Januar 2022 (Az.: 6 L 46/22)<sup>14</sup> weist die 6. Kammer des Verwaltungsgerichts (VG) Saarlouis einen Antrag auf aufschiebende Wirkung eines Widerspruchs zurück: Eine Ehe, die nicht die Funktion einer Beistandsgemeinschaft erfülle, könne nicht einer Abschiebung entgegengehalten werden.<sup>15</sup> Die begehrte einstweilige Anordnung bis zur Verbescheidung des Widerspruchs vom 24. Dezember 2021 vorläufig von aufenthaltsbeendenden Maßnahmen gegen den Antragsteller Abstand zu nehmen, sei unbegründet. Der Antragsteller habe zwar einen Anordnungsgrund glaubhaft gemacht, nachdem er in die Türkei abgeschoben werden solle. Es fehle aber an der Glaubhaftmachung eines Anordnungsanspruchs.<sup>16</sup> Der Antragsteller sei ungeachtet der Versagung der Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis gemäß § 50 Abs. 1 AufenthG ausreisepflichtig, weil er sich in Deutschland aufhält, ohne im Besitz eines Aufenthaltstitels zu sein.

Das VG führt detailliert aus, dass die am 5. August 2021 geschlossene Ehe des Antragstellers mit einer deutschen Staatsbürgerin der Abschiebung nicht entgegenstehe. Dies gelte sowohl mit Blick auf Art. 6 Abs. 1 i. V. m. Abs. 2 GG als auch mit Blick auf Art. 8 Abs. 1 EMRK. Art. 6 GG gewähre Ausländern keinen unmittelbaren Anspruch auf Aufenthalt im Bundesgebiet. Die Ehe des Antragstellers erfülle, soweit für das Gericht erkennbar, nicht die Funktion einer Beistandsgemeinschaft.<sup>17</sup> Die Eheleute seien nicht auf die Lebenshilfe des jeweils anderen angewiesen. Ferner befände sich die Ehefrau des Antragstellers nicht in einer psychischen Extremsituation, in der es nicht hinnehmbar wäre, den

9 Vgl. VGH München, Urteil vom 09.11.2021, Az. 11 B 19.33187.

10 Vgl. Auswärtiges Amt, Lagebericht Russische Föderation, Fassung vom 21.05.2021, S. 8.

11 Vgl. VGH München, Urteil vom 09.11.2021, Az. 11 B 19.33187, S. 17f.

12 Vgl. jw.org: „Dürfen bei Jehovas Zeugen auch Frauen predigen?“, Online unter: <https://www.jw.org/de/jehovas-zeugen/oft-gefragt/frauen-predigerinnen> [Zugriff am: 14.03.2022]

13 Vgl. VGH München, Urteil vom 09.11.2021, Az. 11 B 19.33187.

14 VG Saarlouis, vom 17.01.2022, 6 L 46/22, Beschluss, in: MIO, <https://milo.bamf.de/otcs/cs.exe?func=ll&objId=23597177&objAction=attrvaluesedit&version=2&attset=%7B20414124%2C24%7D&nexturl=%2Fotcs%2Fcs%2Eexe%3Ffunc%3D%26objid%3D23573755%26objAction%3Dbrowse%26sort%3Dname>

15 AuAS – Schnelldienst Ausländer- und Asylrecht, 3/2022, S. 31–33, <https://research.wolterskluwer-online.de/document/824b362f-10c3-31cc-b5f6-2d183b823a90>

16 Ebd.

17 Vgl. BVerfG, Beschluss vom 17.05.2011, 2 BvR 1367/10

Antragsteller auf Nachholung des Visumverfahrens zu verweisen.

Das Gericht hat dabei zu beurteilen, welchen Trennungszeitraum es für zumutbar erachte.<sup>18</sup> So sei nicht davon auszugehen, dass die Abschiebung zu einer Trennung der Ehegatten auf unabsehbare Zeit führen würde. Die reguläre Bearbeitungszeit für Visaanträge in Ankara betrage allenfalls einige Wochen, zudem werde darauf hingewiesen, dass sich die Bearbeitungszeit im Falle einer Vorabzustimmung des Antragsgegners auf bis zu sieben Tage verkürze. Die Dauer des Visumverfahrens von längstens mehreren Wochen und der damit einhergehenden Trennung des Antragstellers von seiner Ehefrau erscheine ohne Weiteres zumutbar. Aus der Ehe seien bisher keine Kinder hervorgegangen, sodass eine Gefahr der Entfremdung dieser zum Antragsteller nicht bestehe. Für die Zumutbarkeit der Nachholung des Visumverfahrens spräche vorliegend auch, dass die Ehe in Kenntnis einer vollziehbaren Ausreisepflicht geschlossen wurde.<sup>19</sup> Die Eheleute mussten dementsprechend jederzeit mit der Abschiebung des Antragstellers rechnen.

Der Antragsteller habe schließlich auch keinen Anspruch auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis, der durch eine Verfahrensduldung im Wege einer einstweiligen Anordnung zu sichern wäre. Gemäß § 28 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 AufenthG sei die Aufenthaltserlaubnis dem ausländischen Ehegatten eines Deutschen zu erteilen, wenn der Deutsche seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Bundesgebiet habe. Diese Voraussetzungen dürften beim Antragsteller mit Blick auf seine deutsche Ehefrau zwar erfüllt sein.

Jedoch sei der Antragsteller ohne Visum eingereist.<sup>20</sup> § 5 Abs. 2 Satz 2 AufenthG, wonach von der Anforderung des § 5 Abs. 2 Satz 1 AufenthG abgesehen werden kann, wenn die Voraussetzungen eines Anspruchs auf Erteilung erfüllt sind oder es auf Grund besonderer Umstände des Einzelfalls nicht zumutbar ist, das Visumverfahren nachzuholen, rechtfertigt keine andere Bewertung.

Der Antragsteller müsse sich zudem die Titelerteilungssperre des § 10 Abs. 3 Satz 1 beziehungsweise 3 AufenthG entgegenhalten lassen. Er falle unter diese Norm, da er einen Asylantrag gestellt hatte, welcher unanfechtbar abgelehnt wurde beziehungsweise ohne das erforderliche Visum eingereist sei. Soweit der Antragsteller im gegebenen Zusammenhang die derzeitige angespannte Situation in der Türkei hinsichtlich kurdischer Volkszugehöriger thematisierte, gäbe dies zu keiner anderen rechtlichen Beurteilung Anlass. Die Kammer weist darauf hin, dass über zielstaatsbezogene Gefahren, die gegebenenfalls ein

Abschiebungshindernis nach § 60 Abs. 5 oder Abs. 7 AufenthG begründen, ausschließlich das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und nicht die Ausländerbehörde entscheiden könne.

Dr. Anke Reiß, 62E

## VG Ansbach / Iran: Keine Doppelbestrafung bei Betäubungsmitteldelikten

Das Verwaltungsgericht (VG) Ansbach entschied mit Urteil vom 3. Februar 2022 (Az.: AN 1 K 21.30733), dass bei einfachen Betäubungsmitteldelikten keine Doppelbestrafung bei einer Rückkehr nach Iran droht.<sup>21</sup> Der Kläger war 2017 wegen der Erschleichung von Betäubungsmittelverschreibungen in 50 Fällen und des unerlaubten Besitzes von Betäubungsmitteln in nicht geringer Menge in 50 Fällen rechtskräftig zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von drei Jahren verurteilt worden. Nach Artikel 5 Abs. 2 des iranischen Anti-Drogen-Gesetzes stellt das Vergehen des Klägers, Aufbewahrung von 50- 500g Opioid, eines der leichteren Vergehen dar, das im Regelfall mit der Zahlung einer Geldstrafe und 10-74 Peitschenhieben bestraft wird. Eine Haftstrafe ist in Iran nicht vorgesehen. Dabei kann der Richter vom Strafraum abweichen und den Erwerb zum Eigenbedarf und den Entzug in einer Fachklinik berücksichtigen.<sup>22</sup>

Grundsätzlich werden in Iran nach Art. 14 des Islamic Penal Code (IPC) Verbrechen in vier Strafkategorien eingeteilt: hadd, qesās, diyeh, und ta'zīr.<sup>23</sup> Bei den ersten drei Kategorien handelt es sich um nach islamischem Recht definierte Vergehen, deren Bestrafung keine Abweichung zulässt. Dagegen weisen Tazirat-Straftaten keine dem islamischen Recht entsprechende, vorgegebene Definitionen von Tatbeständen und Strafen auf. Der zuständige Richter kann hier je nach Art und Schwere des Vergehens im Rahmen eines vorgegebenen Ermessensspielraumes über das Strafmaß entscheiden.<sup>24</sup> Die jeweiligen Straftaten sind enthalten im Buch 5 des IPC und zählen zu staatlichem Recht, welches nur greift, wenn eine Zuordnung zu den anderen drei Kategorien nicht möglich ist. Dazu zählen etwa Verbrechen gegen die Sicherheit des Staates, Betrug, Fälschung, Diebstahl oder Verstöße gegen die öffentlichen Moralvorstellungen.<sup>25</sup> Auch die Mehr-

<sup>21</sup> Vgl. VG Ansbach, Urteil vom 03.02.2022 - AN 1 K 21.30733

<sup>22</sup> Vgl. ebd.

<sup>23</sup> Vgl. Iran Human Rights and Documentation Centre, 'English Translation of Books I & II of the New Islamic Penal Code', <https://iranhrdc.org/english-translation-of-books-i-ii-of-the-new-islamic-penal-code/#5>, aufgerufen am 14.03.2022

<sup>24</sup> Vgl. Landinfo, CGRS, SEM: Country Report Iran, criminal procedures and documents, December 2021, S.32

<sup>25</sup> Vgl. Iran Human Rights and Documentation Centre, 'Islamic Penal Code of the Islamic Republic of Iran - Book Five', 18 July 2013 <https://iranhrdc.org/islamic-penal-code-of-the-islamic-republic-of-iran-book-five/>, aufgerufen am 14.03.2022

<sup>18</sup> Vgl. dazu auch BVerwG, Urteil vom 04.09.2012, 10 C 12.12., wonach Nachzugsverzögerungen von bis zu einem Jahr zumutbar sein können

<sup>19</sup> Nichtzulassungsbeschlusses des Oberverwaltungsgerichts des Saarlandes vom 25. November 2020 (Az.: 2 A 335/20) in dieser Sache

<sup>20</sup> Entgegen Art. 1 Abs. 1 i. V. m. Anhang I der EG-VisaVO Nr. 539/2001

heit der Betäubungsmitteldelikte nach dem iranischen Anti-Drogen-Gesetz fallen unter die Tazirat-Straftaten.

Der Kläger gab in seiner Klage vor dem VG an, im Falle einer Rückkehr eine erneute Bestrafung durch die iranischen Behörden zu befürchten. Das Verbot der Doppelbestrafung gelte in Iran nur stark eingeschränkt. Nach Art. 7 IPC kann eine Person, die außerhalb Irans eine Straftat beging und nach Iran ausgeliefert wird oder dort verhaftet wird, strafrechtlich verfolgt werden.<sup>26</sup> Davon ausgenommen sind Tazirat-Straftaten, sofern der Täter bereits verurteilt oder freigesprochen wurde und seine Strafe vollständig verbüßt hat. Sofern eine Strafe noch nicht vollständig verbüßt wurde, kann es zu einem neuen Prozess kommen, da Urteile anderer Staaten in Iran nicht vollzogen werden. Dabei werden einfache Drogendelikte im Regelfall nicht doppelt bestraft.<sup>27</sup> Von dem Verbot der Doppelbestrafung ausgenommen sind insbesondere Delikte gegen die Staatssicherheit oder solche, die den Interessen oder dem Ansehen des Landes schaden.<sup>28</sup> Die Wahrscheinlichkeit einer Doppelbestrafung nimmt zu, wenn die iranischen Behörden, etwa wegen Einbeziehung der iranischen Botschaft, Kenntnis von einer Straftat erlangt haben oder ein schwerwiegender Fall besonderes öffentliches Interesse erfahren hat.<sup>29</sup>

Das Gericht kam im vorliegenden Fall zu dem Schluss, dass dem Kläger bei einer Rückkehr nicht mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit ein ernsthafter Schaden im Rahmen einer Doppelbestrafung drohe. Er habe seine Strafe vollständig verbüßt. Zudem weise die Straftat keinerlei Bezug zu Iran auf und es liegen keine Anhaltspunkte dafür vor, dass nationale Interessen verletzt worden seien. Nach aktueller Erkenntnislage seien keine Doppelbestrafungen in Bezug auf Betäubungsmitteldelikte bekannt. Zudem sei nicht ersichtlich, wie iranische Behörden überhaupt Kenntnis von den Drogenstraftaten des Klägers erlangen sollen.<sup>30</sup>

Andrea Moser, 62E

## Neuerwerbungen der Bibliothek

**Augustová, Karolína; Hakimi, Hameed:** Migration from Afghanistan under the Taliban: implications and strategies in the neighbourhood and Europe. - December 2021. - [Kabul]: FES, 2021. - 1 Online-Ressource (VI, 22 Seiten)

**Brücker, Herbert [u.a.]:** Die Folgen des Ukraine-Kriegs für Migration und Integration: eine erste Einschätzung. - Veröffentlichungsdatum: 02. März 2022. - Nürnberg: IAB, 2022. - 1 Online-Ressource (27 Seiten)

**Çali, Basak [u.a.]:** Hard protection through soft courts? Non-refoulement before the United Nations Treaty bodies. - In: German law journal: GLJ. - 21 (2020), Heft 3 vom 8.4.2020, 1 Online-Ressource (Seite 355-284)

**Garvik, Marianne; Valenta, Marko:** Seeking asylum in Scandinavia: A comparative analysis of recent restrictive policy responses towards unaccompanied Afghan minors in Denmark, Sweden and Norway. - In: [CMS] Comparative migration studies. - 9 (2021) vom 22.4.2021, 1 Online-Ressource (22 Seiten)

**Issifou, Ismael:** Understanding decisions made on asylum applications in host countries. - February 2020. - Washington, DC: The World Bank, 2020. - 1 Online-Ressource (39 Seiten).

**Klarmann, Tobias:** Illegalisierte Migration: die (De-) Konstruktion migrationspezifischer Illegalitäten im Unionsrecht. - 1. Auflage. - Baden-Baden: Nomos, 2021. - 368 Seiten. - ISBN 978-3-8487-7970-3

**Kolb, Holger:** (K)ein Thema für Deutschland: Migration in und aus Afrika: Analyse & Ausblick. - In: Clavis: Schlüssel für die Integration der Migranten in den Arbeitsmarkt. - (2021), Heft 4: Migration global - Partnerschaften zur Fachkräfteentwicklung, Seite 8-11

**Ott, Jean-David; Testi, Eleonora:** Digitalisation of asylum procedures: Risks and benefits. - December 2021. - Brussels: ecre, 2021. - 1 Online-Ressource (37 Seiten).

**Sfiniadaki, Pantelitsa:** Entwicklungen zum Individualschutz bei dem Verfahren zur Bestimmung des zuständigen Staates für die Prüfung eines Antrags auf internationalen Schutz vor dem Hintergrund der Reformvorschläge der Europäischen Kommission. - In: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik. - 41 (2021), Heft 10, Seite 353-392, Seite 355-360

**Wissink, Lieke M.:** Making populations for deportation: Bureaucratic knowledge practices inside a European deportation unit. - In: Political and legal anthropology review: PoLAR. - 44 (2021), Heft 2 vom 24.11.2021, 1 Online-Ressource (Seite 256-270)

<sup>26</sup> Vgl. Landinfo, CGRS, SEM: Country Report Iran, criminal procedures and documents, Dezember 2021, S. 38

<sup>27</sup> Vgl. UK Home Office, Country Policy and Information Note, Iran: Fear of punishment for crimes committed in other countries („Double Jeopardy“ or re-prosecution); Januar 2018), S. 5

<sup>28</sup> Vgl. Landinfo, CGRS, SEM: Country Report Iran, criminal procedures and documents, Dezember 2021, S. 38

<sup>29</sup> Vgl. UK Home Office, Country Policy and Information Note, Iran: Fear of punishment for crimes committed in other countries („Double Jeopardy“ or re-prosecution); Januar 2018), S. 12

<sup>30</sup> Vgl. VG Ansbach, Urteil vom 03.02.2022 - AN 1 K 21.30733

# Impressum

## Herausgeber

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge  
90461 Nürnberg

## Stand

03/2022

## Druck

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

## Gestaltung

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

## Bildnachweis

iStockphoto


## Bestellmöglichkeit

Referat Informationsvermittlung/Länder- und Rechtsdokumentation,  
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg  
E-Mail: [informationsvermittlungsstelle\(at\)bamf.bund.de](mailto:informationsvermittlungsstelle(at)bamf.bund.de)  
<https://milo.bamf.de>

Sie können diese Publikation auch als barrierefreies PDF-Dokument herunterladen  
unter: [www.bamf.de/publikationen](http://www.bamf.de/publikationen)

Die Publikation wird vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags-, und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Besuchen Sie uns auf

 [www.facebook.com/bamf.socialmedia](https://www.facebook.com/bamf.socialmedia)

 [@BAMF\\_Dialog](https://twitter.com/BAMF_Dialog)

[www.bamf.de](http://www.bamf.de)

